

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)**

- 1) zu dem Antrag der Abgeordneten Heide Mattischeck, Reinhard Weis (Stendal), Hans-Günter Bruckmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Winfried Hermann, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 14/6441 –

**FahrRad – für ein fahrradfreundliches Deutschland**

- 2) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 14/3773 –

**Für ein fahrradfreundliches Deutschland**

- 3) zur Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 14/3445 –

**Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs**

### **A. Problem**

zu 1)

Die Antragsteller streben mit dem Antrag auf Drucksache 14/6441 unter anderem an, dass der Deutsche Bundestag feststellen soll, dass die Bedeutung des Fahrrades für ein integriertes Verkehrssystem lange Zeit unterschätzt worden sei. Ziel des Antrags ist, dass das Radfahren zukünftig stärker als eigenständige Verkehrsart wahrgenommen und bei allen verkehrsplanerischen sowie verkehrspolitischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden soll und dass ein nationaler Radverkehrsplan nach dem Vorbild des niederländischen Masterplan

Fiets eingerichtet werden soll. Insbesondere soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland zu einem fahrradfreundlichen Land zu machen und ein Bundesradtourennetz einzurichten, das die vorhandenen, in der Regel regionalen, Radrouten miteinander vernetzt. Der Radverkehrsplan soll als Zielsetzung u. a. die Erhöhung des Anteils des Radverkehrs, die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer, die Verbesserung der Infrastruktur für Radfahrer, die Einrichtung attraktiver Radverkehrsnetze, die Initiierung von Forschungs- und Modellprojekten, die Herstellung eines fahrradfreundlichen Klimas im Verkehr, die Förderung der Vernetzung von Fahrrad und öffentlichem Verkehr, die Verringerung der Zahl der Fahrraddiebstähle, die Förderung des Fahrradverkehrs über die Raumordnung und die Sicherstellung der Finanzierung des nationalen Radverkehrsplans anstreben.

zu 2)

Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, dass der Deutsche Bundestag u. a. feststellen soll, dass in den vergangenen zehn Jahren, vor allem durch die alte Bundesregierung, verschiedene Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs ergriffen worden seien, die zu einer Steigerung des Radverkehrs und Verbesserung der Verkehrssicherheit geführt hätten. Die Bundesregierung soll dazu aufgefordert werden, dem Deutschen Bundestag Vorschläge und Initiativen vorzulegen, die die Voraussetzungen schaffen, dass das Fahrrad in der Bundesrepublik Deutschland mehr genutzt wird und die in diesem Bereich vorhandenen Potenziale tatsächlich ausgeschöpft werden. Insbesondere sollen dabei ein mit den Bundesländern, den Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie Fachverbänden abgestimmtes Gesamtkonzept zur Fahrradförderung in der Bundesrepublik Deutschland, die Schaffung eines Deutschen Fahrrad-Forums, steuerpolitische Möglichkeiten zur Fahrradförderung, die Verbesserung der Verkehrssicherheit, die Einrichtung eines bundesweiten Radwegenetzes, die Förderung des ÖPNV sowie des Fahrradtourismus und die Optimierung des Dienstleistungsangebots der Deutschen Bahn AG berücksichtigt werden.

zu 3)

Mit dem Bericht der Bundesregierung über die Situation des Fahrradverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland wurde eine umfassende Bestandsaufnahme vorgelegt, die grundlegende Probleme benennt, Vorbildlösungen im In- und Ausland aufzeigt sowie Empfehlungen zur Verbesserung des Radverkehrs in Deutschland formuliert.

## **B. Lösung**

- 1) Einstimmige Annahme des Antrags auf Drucksache 14/6441**
- 2) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/3773 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
- 3) Annahme einer Entschließung in Kenntnis des Berichts der Bundesregierung auf Drucksache 14/3445**

## **C. Alternativen**

- 1) Keine
- 2) Annahme des Antrags auf Drucksache 14/3773.
- 3) Keine

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/6441 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 14/3773 abzulehnen,
3. in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/3445 folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, wie im Fahrradbericht problematisiert, im Rahmen der Förderung des Radverkehrs Uneinheitlichkeiten in den rechtlichen Regelungen für die Möglichkeit des Transports von Personen in Anhängern hinter Fahrrädern zu beseitigen; auch und gerade zum Schutz der mitgeführten Kinder.

§ 21 StVO verbietet die Mitnahme auf Ladeflächen von Anhängern, § 67 StVZO lässt dies bei technisch einwandfreien Anhängern mit Sitzen zu. Die Rechtsauslegung ist umstritten. Die technischen Anforderungen bedürfen der Präzisierung, auch im Hinblick auf eine Optimierung der Verkehrssicherheit.

Ergänzend dazu wird die Bundesregierung aufgefordert, den Weg frei zu machen für so genannte Fahrradtaxen.

Hier verbietet § 21 Abs. 3 die Mitnahme von Personen über sieben Jahren auf Fahrrädern und § 33 Abs. 1 Nr. 2 sieht vor, dass das Anbieten von Leistungen verboten ist, wenn dadurch Verkehrsteilnehmer abgelenkt oder belästigt werden.

Diese Regelungen müssen insofern verändert werden, dass speziell konstruierte und den technischen Ansprüchen entsprechende Fahrradtaxen bundesweit einsetzbar sind.“

Berlin, den 27. Februar 2002

### Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Heide Mattischeck**  
Berichterstatterin

**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**  
Berichterstatter

**Albert Schmidt (Hitzhofen)**  
Berichterstatter

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichterstatter

**Dr. Winfried Wolf**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Heide Mattischeck, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Albert Schmidt (Hitzhofen), Hans-Michael Goldmann und Dr. Winfried Wolf

### I. Überweisung

1. Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 14/6441** in seiner 179. Sitzung am 28. Juni 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.
2. Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 14/3773** in seiner 127. Sitzung am 26. Oktober 2000 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.
3. Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf **Drucksache 14/3445** in seiner 108. Sitzung am 8. Juni 2000 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

1. Die Antragsteller streben mit dem Antrag auf Drucksache 14/6441 unter anderem an, dass der Deutsche Bundestag feststellen soll, dass die Bedeutung des Fahrrades für ein integriertes Verkehrssystem lange Zeit unterschätzt worden sei. Ziel des Antrags ist, dass das Radfahren zukünftig stärker als eigenständige Verkehrsart wahrgenommen und bei allen verkehrsplanerischen sowie verkehrspolitischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden soll und dass ein nationaler Radverkehrsplan nach dem Vorbild des niederländischen Masterplan Fiets eingerichtet werden soll. Insbesondere soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland zu einem fahrradfreundlichen Land zu machen und ein Bundesradtourennetz einzurichten, das die vorhandenen, in der Regel regionalen, Radrouten miteinander vernetzt. Der Radverkehrsplan soll als Zielsetzung u. a. die Erhöhung des Anteils des Radverkehrs, die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer, die Verbesserung der Infrastruktur für Radfahrer, die Einrichtung attraktiver Radverkehrsnetze, die Initiierung von Forschungs- und Modellprojekten, die Herstellung eines fahrradfreundli-

chen Klimas im Verkehr, die Förderung der Vernetzung von Fahrrad und öffentlichem Verkehr, die Verringerung der Zahl der Fahrraddiebstähle, die Förderung des Fahrradverkehrs über die Raumordnung und die Sicherstellung der Finanzierung des nationalen Radverkehrsplans anstreben.

2. Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, dass der Deutsche Bundestag u. a. feststellen soll, dass in den vergangenen zehn Jahren, vor allem durch die alte Bundesregierung, verschiedene Maßnahmen zur Förderung des Fahrradverkehrs ergriffen worden seien, die zu einer Steigerung des Radverkehrs und Verbesserung der Verkehrssicherheit geführt hätten. Die Bundesregierung soll dazu aufgefordert werden, dem Deutschen Bundestag Vorschläge und Initiativen vorzulegen, die die Voraussetzungen schaffen, dass das Fahrrad in der Bundesrepublik Deutschland mehr genutzt wird und die in diesem Bereich vorhandenen Potenziale tatsächlich ausgeschöpft werden. Insbesondere sollen dabei ein mit den Bundesländern, den Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie Fachverbänden abgestimmtes Gesamtkonzept zur Fahrradförderung in der Bundesrepublik Deutschland, die Schaffung eines Deutschen Fahrrad-Forums, steuerpolitische Möglichkeiten zur Fahrradförderung, die Verbesserung der Verkehrssicherheit, die Einrichtung eines bundesweiten Radwegenetzes, die Förderung des ÖPNV sowie des Fahrradtourismus und die Optimierung des Dienstleistungsangebots der Deutschen Bahn AG berücksichtigt werden.
3. Mit dem Bericht der Bundesregierung über die Situation des Fahrradverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland wurde eine umfassende Bestandsaufnahme vorgelegt, die grundlegende Probleme benennt, Vorbildlösungen im In- und Ausland aufzeigt sowie Empfehlungen zur Verbesserung des Radverkehrs in Deutschland formuliert.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/6441 in seiner 84. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Abwesenheit des Mitgliedes der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 121. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 14. November 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 7. November 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

2. Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/3773 in seiner 56. Sitzung am 4. April 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 14. Februar 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 121. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 14. November 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/

CSU, FDP und PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 89. Sitzung am 8. November 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

3. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Bericht der Bundesregierung auf Drucksache 14/3445 in seiner 71. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und zur Kenntnis genommen. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS, einen Antrag der Fraktion der CDU/CSU zu dem Bericht (der dem von der Fraktion der CDU/CSU im federführenden Ausschuss eingebrachten Antrag entspricht) abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Bericht in seiner 121. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Bericht in seiner 53. Sitzung am 7. März 2001 beraten und zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Bericht in seiner 76. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und zur Kenntnis genommen.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 14/6441 in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten. Er empfiehlt einstimmig, den Antrag anzunehmen.
2. Er hat den Antrag auf Drucksache 14/3773 in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag abzulehnen.
3. Er hat in seiner 38. Sitzung am 5. Juli 2000 beschlossen, zu dem Bericht der Bundesregierung auf Drucksache 14/3445 eine öffentliche Anhörung durchzuführen. In seiner 41. Sitzung am 25. Oktober 2000 hat der Ausschuss die Einzelheiten der Durchführung der Anhörung beschlossen. Die Anhörung hat in der 49. Sitzung am 24. Januar 2001 stattgefunden. Es haben daran folgende Sachverständige teilgenommen:
  - Ton Welleman, Chefplaner Masterplan Fiets, niederländisches Verkehrsministerium
  - Dr. Christoph Merkli, IG Velo Schweiz
  - Jörg Thiemann-Linden, VCD Bundesvorstand

- Wolfgang Große, ADFC-Bundesvorsitzender
- Frank Hofmann, Stv. Geschäftsführer Aktiv Reisen Velotours GmbH
- Dr. Franz-Joachim Jagow, Ministerialdirigent a. D.
- Dr. Friedrich-Wilhelm Oellers, Stv. Leiter Stadtplanungsamt Münster (Deutscher Städtetag)
- Martin Brandenbusch, Leiter Produktentwicklung und Service – Deutsche Bahn –
- Hans-Jürgen Schäfer, Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
- Dagmar Meyer, Fahrradbeauftragte, Freie und Hansestadt Hamburg
- Toni Bernhard Waldmann, Ltd. Baudirektor, Stadt Nürnberg
- Prof. Dr. Axel Friedrich, Abteilungsleiter im Umweltbundesamt

Wegen der Ergebnisse der Anhörung wird auf das Protokoll der 49. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 24. Januar 2001 mit den anliegenden Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen. Der Ausschuss hat den Bericht in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten. Die Fraktion der CDU/CSU hat im Ausschuss zu dem Bericht der Bundesregierung einen Antrag eingebracht, dessen Inhalt sich aus Teil 3 der Beschlussempfehlung ergibt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis zu nehmen und den Antrag der Fraktion der CDU/CSU dazu anzunehmen. Er hat diesen unter dem Vorbehalt der Voten der mitberatenden Ausschüsse gefassten Beschluss in seiner 78. Sitzung am 27. Februar 2002 bestätigt.

Bei der Beratung der drei Vorlagen in der 74. Sitzung des Ausschusses am 23. Januar 2002 wies die **Fraktion der SPD** darauf hin, man sei sich einig, dass der Anteil des Radverkehrs deutlich erhöht werden müsse, da Rad fahren gesundheitsfördernd und umweltfreundlich sei. Es werde von den Verbänden und vielen Radfahrerinnen und Radfahrern anerkannt, dass der Fahrradverkehr unter der amtierenden Regierung einen höheren Stellenwert erhalten habe. Es bestehe aber insbesondere im Bereich der Sicherheit des Radverkehrs sowie der Vernetzung von Fahrrad und öffentlichem Verkehr großer Handlungsbedarf. Für die bessere Nutzung dieses Verkehrsmittels sei die Verabschiedung eines nationalen Radverkehrsplanes erforderlich. In Deutschland finde 90 % des Radverkehrs innerorts statt. Dementsprechend liege die Zuständigkeit überwiegend bei den Gemeinden und Ländern. Dennoch trage auch der Bund Verantwortung. Er sei zuständig für investive Maßnahmen

im Bereich der bundeseigenen Straßen und für das GVFG. Es sei festzuhalten, dass sich nicht alle Radfahrerinnen und Radfahrer rücksichtsvoll und den Regeln entsprechend verhielten. Eine vernünftige Infrastruktur könne dazu beitragen, disziplineloses Verhalten einzudämmen. Im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln sei die Verkehrsinfrastruktur nicht sehr kostenaufwändig.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, der Fahrradbericht habe deutlich gemacht, dass die 90er Jahre Jahre der Fahrradförderung gewesen seien. Es bestehe insbesondere im Bereich der Verkehrssicherheit weiterhin Handlungsbedarf. Bedenklich sei die zunehmende Disziplinlosigkeit der Radfahrer. Angesichts zahlreicher Verletzter Radfahrer sei an diese zu appellieren, sich an die Verkehrsvorschriften zu halten. Im Bereich der Pendler und im Nahverkehrsbereich gebe es große Potenziale. Um die Attraktivität des Fahrrades zu erhöhen, bedürfe es u. a. Maßnahmen gegen die beachtliche Anzahl von Fahrraddiebstählen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, das Radfahren sei zu lange vernachlässigt worden. Man habe daher vereinbart, sich fraktionsübergreifend darum zu bemühen, in dieser Legislaturperiode parlamentarische Initiativen zur Fahrradförderung umzusetzen. Diesem Ziel nähere man sich mit dem Masterplan „Rad“. Insbesondere sei die Vernetzung der Radwege zu fördern. Weiterhin müsse die StVO hinsichtlich technischer und ordnungsrechtlicher Vorschriften im Sinne der Fahrradfreundlichkeit überarbeitet werden. Ziel der künftigen Politik solle ein nationaler Radverkehrsplan sein, der die erforderlichen Maßnahmen bei Öffentlichkeitsarbeit, Infrastruktur, Verkehrssicherheit, Raum- und Stadtplanung sowie Tourismus zusammenfasse.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, dass es sich bei der Förderung des Fahrradverkehrs richtigerweise um eine kommunale Verantwortung handele. Fahrradverkehr habe insbesondere im Hinblick auf den Tourismus eine enorme Entwicklung durchlaufen. Durch Radfahrer entstehe jedoch zunehmend eine starke Umweltbelastung, da mit Rädern des neusten technischen Standes jedes Gelände befahren werden könne. Für die Förderung des Fahrradverkehrs sei ein nationaler Masterplan erforderlich. Insbesondere im Bereich der Verkehrssicherheit bestehe Handlungsbedarf.

Die **Fraktion der PDS** meinte, es bestehe Einigkeit, dass die Entwicklung des Fahrrads sehr positiv zu bewerten sei. Wichtig sei die Anerkennung des Fahrrades als Teil des Gesamtverkehrs. Insbesondere die Fahrradmitnahme mit der Bahn und die Verringerung der Unfallrisiken von Radfahrern müssten gefördert werden. Fahrradfahren wirke sich positiv auf die Gesundheit aus. Daher sollten möglichst viele Bundesbürger für das Fahrradfahren begeistert werden. Man dürfe sich nicht hinter der Frage von Bundes- und Länderkompetenzen verstecken.

Berlin, den 27. Februar 2002

**Heide Mattischeck**  
Berichterstatlerin

**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**  
Berichterstatter

**Albert Schmidt (Hitzhofen)**  
Berichterstatter

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichterstatter

**Dr. Winfried Wolf**  
Berichterstatter



